

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 29 (1935)
Heft: 12

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

In alledem liegt etwas Großes. *Christus wird frei von der Bindung an Cäsar*. Man kann die Größe dieser Wendung kaum ermessen. Aber vieles weist darauf hin, daß Christus auch von *andern* Bindungen frei wird, mitten in allerlei entgegengesetzten Bewegungen: dem neuen Theologismus, dem neuen Klerikalismus, dem neuen Liturgismus. Diese sind nach meinem festen Glauben nur aufhaltende Momente der Revolution Christi, die sich überall ankündigt, der in sich selbst und für die Welt revolutionären Erneuerung der Sache Christi. Auch hier steht hinter der Katastrophe die Verheißung. „Ehre sei Gott in der Höhe.“

So stellt sich die Weltlage am Ende des Annus Domini 1935 im Lichte Christi dar. Selbstverständlich nicht *jedem* Auge. Und es ist, selbstverständlich, ein Schauen des *Glaubens*. Dieses Schauen beruht zwar auf Tatsachen, es ist nicht ein Träumen und Phantasieren; aber eine Glaubenseinstellung bestimmt in letzter Instanz die Art, wie die Tatsachen *gedeutet* werden. So ist es auch gemeint, wenn ich abschließend sage: Wir gehen über die Schwelle der Jahreswende zweifellos in ein Jahr von, äußerlich betrachtet, furchtbarer Schwere hinein. Aber wenn wir sehen, wie über einem solchen Jahre, das nun *hinter* uns liegt, doch Gottes große Friedensgedanken gewaltet haben, so gibt uns das Mut, an sie glaubend in das neue zu treten — trotz allem, durch alles Christus entgegen, Gott entgegen.

9. Dezember.

Leonhard Ragaz.



Rundschau



Zur Chronik.

I. Der italienisch-abyssinische Krieg.

1. *Die Kriegslage*. Der Krieg ist zum Stillstand gekommen, die Lage der Italiener jedenfalls nicht glänzend. Was die Ersetzung des Marschalls de Bono durch den Generalstabschef der italienischen Armee *Badoglio* betrifft, so wird sie auf zweierlei Weise erklärt. Es soll in der Person Badoglios die stille „*Opposition*“ mit der abyssinischen Sache verbunden und aus Italien einer ihrer (möglichen) Führer entfernt werden, oder auch, es soll mit ihm eine raschere Kriegsführung beginnen, welche auch mit der Möglichkeit der Petroleumsperre rechnet. Vielleicht auch ist beides richtig.

horfam erklärt hatten, ist nun, offenbar auf Betreiben der Süddeutschen, noch ein Vermittlungsversuch erfolgt. Man kann nur wünschen, daß er sofort scheitere, denn es wäre ein *falscher* Frieden, dem die *Kirche* unterläge. So oder so — die Katastrophe ist nicht aufzuhalten.

Welch ein Geist hinter diesen Bestrebungen des Regimes steht, zeigt u. a. eine Äußerung, die Kerrl in einer Besprechung mit Führern der Bekenntniskirche getan habe: „Es sei verdammte Pflicht, *die Heilige Schrift voll Loyalität zu Hitler zu verkündigen*.“ Einst sagte man, in der Heiligen Schrift sei Gottes Wort, was „Christus treibe“, jetzt ist an Stelle Christi Hitler getreten.

Inzwischen hat jene schändliche *Bombardierung* offener Städte, wie Dessié und Gondar, und friedlicher Dörfer stattgefunden, von der schon anderwärts die Rede ist. Sie soll, wie es scheint, der Einschüchterung der Abessinier dienen.

Von einer Aktion von 40 Fliegern wird berichtet, sie habe die Abessinier 6000 Tote gekostet. Sicher eine gewaltige Uebertreibung, aber bezeichnend.

Die Zahl der italienischen Toten und Verwundeten ist jedenfalls sehr viel größer, als offiziell angegeben wird. Dazu kommen die Malariakranken. Italienische Soldaten schreiben (heimlich): „Hier ist die Hölle.“ So oft als möglich läßt der faschistische Heroismus die Askaris die Kosten bezahlen.

Unter den Arbeitern, die durch „hohe“ Löhne in die afrikanische Hölle gelockt oder auch dorthin *kommandiert* worden sind, sei es zu einer bis zur Revolte anwachsenden Unzufriedenheit gekommen.

2. *Die Sanktionen.* Deutschland gibt sich um Englands willen den Anschein, als ob es die Sanktionen mitmache. Es hat ja wegen seiner eigenen Aufrüstung und zum Teil dadurch bedingten Not an Rohstoffen und Lebensmitteln nicht allzuviel auszuführen. Es liefert jedenfalls Kohle, Blei usw. Von *Oesterreich* wird, etwas unklar, berichtet, daß es den Brenner für Waffenlieferungen sperre. Das ist schwer zu glauben.

England hat sämtliche Einfuhr aus Italien verboten. Es fordert für Waren aus anderen Ländern (damit sie nicht auf Umwegen aus Italien kommen können) Ursprungszeugnisse, macht aber, auf dessen Drängen, mit Deutschland (!) eine Ausnahme.

Die Sanktionen sind am 18. November in Kraft getreten. Sollten sie bis zum 12. Dezember nicht gewirkt haben, so sollen strengere daran kommen, besonders das Verbot der Lieferung von *Petroleum* (siehe S. 621). Es hat zunächst überraschend gute Ausfichten. Alle wichtigsten Petrol liefernden Länder machen mit: Rußland, Rumänien, Mexiko, selbstverständlich England und sogar die Vereinigten Staaten (S. 621 und 622). Zum Petrol sollen Kohle, Stahl und Gußeisen kommen.

Mussolini läßt seinen Gefandten Cerruti Laval gegenüber erklären: „L'embargo sur le pétrol, c'est la guerre.“ Dann wird Wasser in den Wein gegossen; es wird ein „Act hostile“ (ein feindlicher Akt), dann ein „Act inamical“ (ein unfreundschaftlicher Akt). Man disputiert darüber, ob diese mehr oder weniger offenen Drohungen bloß Bluff seien oder nicht. Früher hatte Mussolini erklärt, daß *wirtschaftliche* Sanktionen bloß mit wirtschaftlichen erwidert würden.

3. *Gegensanktionen.* Gegen die Sanktionen wehrt man sich durch Boykott der Waren aus den „Sanktionsländern“ (zu denen leider die Schweiz nicht wirklich gehört), besonders der englischen; durch Sparfamekeitsregeln aller Art; durch Aufbringung von altem Eisen und von Gold und Edelsteinen, welche letztere zwei Kriegsmittel besonders von den *Kirchen* geliefert werden. Auch die Spielhölle von Campione gegenüber Lugano wird für den Dienst dieses Heroismus neu eröffnet. Die *Lira* sinkt dabei immer weiter und wird an den Börsen nicht mehr notiert.

Zum 18. November leistet man sich den Scherz einer Beflaggung ganz Italiens und die Errichtung eines Gedenksteines zur Erinnerung an diese Schande — der anderen!

Was die *ideelle* Abwehr betrifft, so spielt man immer eifriger die Karte der *Sklavenbefreiung* aus. Das wird ein Haupttrumpf der Kirchen, die damit von der Schändlichkeit ihrer Haltung ablenken wollen. Auch wird immer wieder der *Abfall* der abessinischen Bevölkerung vom Negus betont, offenbar, um die Annexion der betreffenden Gebiete vorzubereiten. Mussolini erklärt, die „italienischen Ideale“ würden in Afrika durchgesetzt. (Vide Dessié und Gondar!)

Der *Negus* antwortet in einer Note an den Völkerbundsrat auf die italienischen Behauptungen, immer viel würdiger als sein Feind. Aber Mussolini findet im Ausland überall auch seine Verteidiger. Daß *Bernhard Shaw* zu ihnen gehört, der mit dem Hinweis auf die Straßen, die die Italiener bauten, den Krieg recht-

fertigt und fein weißes Haupt schändet, kann einem schon leid tun. Hat er doch die „Heilige Johanna“ gedichtet!

Sozialisten und Kommunisten, welche gegen den Krieg und das Regime arbeiten, bekommen die faschistische Freiheit und Zivilisation etwa so zu spüren wie die Abessinier. Der junge *Marco Riccione* wird mit einem Gefährten in der Nähe von Mailand getötet, der junge *Michele Ricci*, der, im Gefängnis krank geworden, zu dem antifaschistischen Italienerkongreß nach Brüssel will, kommt auf den Alpen um. *Das sind Helden!*

4. „Friede.“ Am 12. Dezember sollen also, wenn Mussolini nicht vorher eingelenkt hat, die *schwereren* Sanktionen dran kommen, vor allem die Petrolsperrre. Mussolini spielt als letzten Trumpf Truppenverschiebungen vom Brenner weg nach Süditalien (?) und an die französische Grenze (?) aus. Den schon an 100 000 Mann bewilligten Urlaub zieht er zurück. Nun weiß Laval eine erste *Verschiebung* dieser Sanktion durchzusetzen. Sie soll zur Friedensvermittlung benutzt werden. Es finden in Rom, Paris und London englisch-italienische, englisch-französische und französisch-italienische Verhandlungen statt. Hoare hält im Parlament eine Rede, die Mussolini auf alle Weise entgegenkommt und ihm versichert, daß England dem Faschismus nichts zuleide tun wolle, sondern ein „starkes Italien“ und eine „starke Regierung“ Italiens wünsche. Mussolini antwortet mit großartiger Gebärde. Die Engländer schicken zum Beweis ihres Friedenswillens einige Kriegsschiffe von Gibraltar weg auf eine Spazierfahrt. Endlich kommt das Unerwartete, Schändliche heraus: ein Verrat Abessiniens und des Völkerbundes nicht nur durch Frankreich, das Frankreich Lavals, sondern auch durch England. Nicht nur jener Plan wird Mussolini angeboten, auf den wir wiederholt gewiesen haben, sondern dazu noch gewaltiges „Kolonisationsland“ in Abessinien, das eines Tages selbstverständlich ganz Abessinien umfaßte. Wenn es dabei bleibt, so kennt die ganze Geschichte nur wenig Handlungen, die dieser an Schändlichkeit gleichkämen. Ist England wirklich so tief gesunken? (Vgl. S. 622 f.)

Das Angebot bedeutet viel mehr, als was Mussolini im Herbst bekommen hätte, falls er vom Kriege abgestanden wäre. Mussolini kann erklären: „Seht, ich habe es mit der *Gewalt* durchgesetzt.“ Und der Völkerbund gibt seinen Segen dazu.

Das nennt der „Tems“ ein „*réglement honorable*“, eine ehrenvolle Regelung. Es ist die Belohnung des Räubers dafür, daß er seinen Anschlag *ausgeführt* hat. „Ehre“ muß halt sein!

*Aber noch sind wir nicht so weit!*¹⁾

¹⁾ Gewaltige *Opposition* gegen diese unerhörte Schändung des englischen Namens, leidenschaftlicher Zorn über diesen Treubruch hat ganz England ergriffen.

Der „*Daily Herald*“, das Organ der Arbeiterpartei, schreibt: „In beinahe nur ein paar Stunden hat die Regierung den Völkerbund verraten, dazu Abessinien, dazu den britischen Namen, dazu das britische Volk“ (12. Dezember); der „*Manchester Guardian*“: „Sie [d. h. die Staaten, welche die Sanktionen ernsthaft mitgemacht haben] werden nicht gerade bereit sein, den Gesichtspunkt zu akzeptieren, daß der Völkerbund eine Vereinigung für die Entschädigung von Angreifern werden sollte, die keinen Erfolg haben, oder daß die kollektive Aktion zur Grundlage von kollektiver Räuberei gemacht werden sollte“ (11. Dezember).

Eine Motion der *Liberalen* lautet: „Das Haus verurteilt jede Regelung des abessinischen Konflikts, durch welche die politische oder territoriale Integrität und die wirtschaftliche Unabhängigkeit Abessiniens zugunsten eines Angreifers angetastet würde und wird jede derartige Regelung als einen Verrat des Völkerbundes und als eine nationale Schmach betrachten.“

Daß die *Völkerbunds-Vereinigungen* sich aufs heftigste zur Wehr setzen, versteht sich von selbst. Aber auch bis tief in die Kreise der *Regierungsanhänger* reicht die Empörung. Auch eine Gruppe von ihnen will eine Motion einbringen. Sogar

II. China und Japan.

Japan beansprucht, den italienisch-abessinischen Krieg ausnutzend, nicht weniger als die fünf Nordprovinzen Chinas. Der stärkere Widerstand, den es diesmal findet, veranlaßt es, vorläufig mit der völligen „Autonomie“ von Ost-Hopei (zu dem meines Wissens Peking gehört) vorlieb zu nehmen, aber es gibt die ganze Beute nicht auf.

Einen Anstoß zu dem Vorgehen Japans soll die Sendung des englischen Finanzfachmannes Leith-Ross nach China mit dem Angebot einer englischen Anleihe, wie auch eine Währungsreform, gebildet haben, weil beides China dem japanischen Einfluß teilweise entzöge. Den sehr künstlichen *Anlaß* aber bildete die (möglicherweise von Japan selbst ausgehende) Erschießung eines japanischen Marinesoldaten in Shanghai durch Chinesen in einem nächtlichen Handel. Ein Symptom der chinesischen Volksstimmung sei das Attentat auf den als japanfreundlich geltenden früheren chinesischen Außenminister Wang-Ching-Wei. Der Kuomintang hat auf seiner letzten Tagung Tschiang-Kai-Schek sein Vertrauen bezeugt.

Wenn der *Völkerbund* China nicht zu Hilfe kommt, gar nicht daran denkt, das zu tun, so wird dies mit einem Schein von Recht gegen sein Verhalten im italienisch-abessinischen Krieg ausgelegt — freilich nur mit einem *Schein* von Recht. Es gäbe auch einen Neun-Mächte-Pakt und einen Kellogg-Pakt und wer weiß wie viele andere Pakte, die ein Einschreiten der anderen Mächte forderten. Aber der Grundsatz: *Pacta sunt servanda* (Verträge sind zu halten) gilt nur, wenn der andere *uns* an den Kragen will. England hat zwar in Tokio „angefragt“, was Japan in China beabsichtige, aber es wird sogar behauptet, es habe sich mit Japan unter der Decke schon über eine Teilung der Beute verständigt und das wichtigste Bergwerk Chinas in Kailan, das größtenteils in seinen Händen war, an Japan abgetreten. Welch eine Welt!

Japan selbst widmet 47 Prozent seines neuen Budgets dem Heer und der Flotte; seine Generäle sind aber damit nicht zufrieden und hören nur ungern auf die Warnung des Finanzministers.

Inzwischen ist das Land *Sinkiang* (Chinesisch-Turkestan) eine Sowjetrepublik geworden.

III. England.

Ueber die englischen *Wahlen* ist in der Rubrik „Zur Weltlage“ das Nötigste gesagt. An ihrem für die Arbeiterpartei trotz der Verdreifachung ihrer Mandate wenig günstigen Ausgang sei nicht nur jene (vielleicht perfide) Völkerbundstaktik der Regierung schuld gewesen, sondern noch allerlei andere Faktoren: das allgemeine Vertrauen zu Baldwin auf der einen Seite und der Mangel an hervorragenden Führern bei der Arbeiterpartei auf der andern, dazu deren Zerrissenheit, ferner die Sorge um das Weltreich, das man lieber in konservativen Händen wisse. Und so fort.

Die beiden Macdonald sind mit Wucht geschlagen. Ein trauriges, wenn auch nicht unverdientes Schicksal.

Die Stimmung gegenüber *Deutschland* zeigte in der letzten Zeit einige Geiztheit. Gegen einen Artikel Churchills über Hitler im „Strand Magazine“ wurde von Deutschland auf diplomatischem Wege reklamiert. Die Ausweisung des englischen Konsuls in Braunschweig wurde durch die des Korrespondenten des „An-

die „Times“ reden (11. Dezember) von einer „Prämie“ für den Angreifer, welche die Abmachung bedeuten würde.

Ebenso ist in *Frankreich* die Erregung groß. Der „Temps“ freilich spricht dem Vorschlag eine „haute terme morale“ („hohe moralische Haltung“) zu, wobei man unter „Moral“ Rüstungsaktien verstehen muß.

Hoffentlich bleibt der *Negus* bei seinem Nein und steht gegen die Schmach und Sünde alles auf, was in der Welt noch Ehre und Freiheitskraft besitzt. 13. Dez.

griff“ in London, Doktor Thoß, erwidert. Eine deutsche Anleihe im Betrage von 25 Millionen Pfund Sterling sei von der „City“ abgelehnt worden, während eine russische gute Aussicht habe. Aber die Regierung hat doch mit Hitler über seine Stellung zu einem Abrüstungsvorschlag unterhandelt, vorläufig freilich ohne Erfolg, und sie halte an dem Plan fest, Deutschland wieder nach Genf zu bringen. Das wäre ein schöner Gewinn für Genf!

Neben Aebessinien und dem Fernen Osten ist gegenwärtig *Aegypten* Englands große Sorge. Die Aegypter verlangen mit Recht die volle Unabhängigkeit und dazu die Wiedereinführung des parlamentarisch-demokratischen Regimes, wie es durch die von Henderfon zugestandene Verfassung von 1923 verbürgt schien. Aber gerade diese Verfassung hatte Hoare in einer Rede als „impracticable“ („undurchführbar“) bezeichnet und damit das Zeichen zum Aufstand gegeben. Die ungenierte Art, wie Alexandria als Flottenbasis benutzt wurde, goß noch Oel ins Feuer. Ganz Aegypten scheint nun gegen England einig. Mit Italienfreundlichkeit hat das nichts zu tun. Ganz Aegypten steht, wie ganz Afrika und wie der ganze Orient, zu Aebessinien.¹⁾

Ueber dieser englischen Regierung, die durch die Beiseitstellung Macdonalds und Simons nur wenig gewonnen zu haben scheint, waltet offenbar ein Fluch — der Fluch der Selbstsucht und Gewalt, verbunden mit Unehrlichkeit.

Der Tod des Admirals *Jellicoe*, der die Seeschlacht am Skagerrak auf englischer Seite geleitet hat, erinnert an die dunkelsten Zeiten und Seiten des Weltkrieges.

IV. Frankreich.

Frankreich steht mit seinem Laval unter dem Zeichen der *Zweideutigkeit*. Nach außen und innen!

Zweideutigkeit nach *außen!* Die Verhandlungen mit *Hitler* sind vorwärtsgegangen. Sollte damit wohl England erschreckt werden? Oder hat Laval bloß Freude an allem, was *trübe* ist? (Im Hintergrund steht natürlich der internationale Faschismus!) François Poncet ist nach Paris gekommen, nachdem er sich wieder einmal mit Hitler unterhalten hatte. Der „Temps“ zieht vorläufig das Fazit dieses Manövers mit den Worten: „Le contact reste établi entre Paris et Berlin et la France peut causer avec l'Allemagne.“²⁾ Das ist die Hauptsache: causer! Nichts könnte die Rückenmarkserweichung des Geschlechtes, das so redet, besser charakterisieren als dieses „causer“? Dazu reicht es noch, zum Schwatzen, und damit zum Zerfchwatzen aller Dinge, namentlich des Gegensatzes zwischen Wahr und Falsch, Gut und Böse.

Zweideutigkeit auch nach *innen*. Ein Zusammenstoß, der sich in *Limoges* zwischen Croix-de-Feu-Leuten und Antifaschisten ereignet hatte, wobei die Croix-de-Feu-Leute ungefähr die Rolle spielten wie am 9. November 1932 in Genf unser Militär, nur eine weniger blutige, und auch die Feier des 11. November, welche die beiden Heere in Paris feindlich gegenüberstellte, hatte die Bürgerkriegsspannung so groß gemacht, daß die Linke etwas Entscheidendes gegen die „Ligen“ tun mußte. Nachdem Laval über seinem Finanzprogramm nicht zu stürzen war, schien er über die Ligenfrage stürzen zu müssen, worauf sich jene Szene im Parlament ereignete, die zwar den Ligen einen Schlag zu versetzen schien, aber Laval im Regiment erhielt. Ob dabei nicht eine „duperie“ für beide Gegner herauskommt, ist noch fraglich. Die Linke hat vielleicht wieder einmal die Außenpolitik der Innenpolitik geopfert. Laval selbst versucht sich offenbar zwischen den Ligen und ihren Gegnern zu halten, mit geheimer Sympathie für jene. Ob das alles einen Gewinn

¹⁾ Inzwischen hat Aegypten von sich aus die Verfassung von 1923 gültig erklärt und England hat zustimmen müssen.

²⁾ „Der Kontakt zwischen Paris und Berlin ist hergestellt; Frankreich kann mit Deutschland plaudern.“

bedeutet? Die „Verföhnung“ war wohl mehr ein „coup“ als ein Ausdruck verföhnlicher Gefinnung und überlegenen Denkens.

V. Deutschland.

Im Vordergrund des deutschen Lebens steht, neben der wirtschaftlichen Not, stetsfort die *Judenverfolgung*. In Ausführung der Nürnberger Beschlüsse unterbindet man besonders den jüdischen Aerzten, Beamten, Rechtsanwälten endgültig das Leben. Auch dem Verband nationaldeutscher Juden hat seine wenig ehrenvolle Mimicry-Rolle nichts genützt, er ist verboten, und sein Gründer, Doktor Max Naumann, ins Konzentrationslager gebracht worden. Der „Stürmer“ habe es auf eine Auflage von 500 000 Stück gebracht; „Stürmer“-Kästen sind auf den Bahnhöfen angebracht. Wenn gemunkelt wird, er werde verboten, so kann das daher kommen, daß er die Eiferfucht der übrigen Nazipresse reizt, aber auch dazu dienen, das Ausland zu befänftigen.

Daß der *Terror* allgemein wieder wächst und sich nur etwas ins Stille zieht, ist anderwärts ausgeführt. Der Fall Fulner zeigt, daß man sich nicht scheut, Gegner des Systems auf offenem Meere von einem Schiff zu holen. Gegen die *katholische Kirche* geht man immer neu mit den *Devisenprozessen* vor. Im Prozeß des Bischofs Legge von Meißen ist dieser zu 100 000 Mark Entschädigung, seine Berater aber zu drei und fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Nun kommt der Fall *Bannasch* an die Reihe. Prälat Bannasch ist Leiter der „Informationsstelle für die bischöflichen Behörden Deutschlands“. Er wird des Verrates von Staatsgeheimnissen angeklagt, worauf *Todesstrafe* steht. Neben ihm sind die Generalvikare der Bistümer Regensburg und Passau verhaftet worden. Ueber das Vorgehen gegen die *protestantische Kirche* ist anderwärts berichtet.

Das *wirtschaftliche Fiasko* ist auf der ganzen Linie vollständig. Der Reichsbauerntag mußte darum vorwiegend mit — der Judenfrage beschäftigt werden. Ueber den Mangel an Fetten weiß Göring mit dem Spruch zu trösten: „Wir haben die Wahl zwischen Freiheit und Butter. Kanonen machen die Völker stark, Butter macht sie nur fett.“ (Ihm selbst scheint es darnach an Butter noch nicht zu fehlen!) Schachts Reden verraten ebenfalls die arge Wirtschaftsverlegenheit. Die „Winterhilfe“ wird darum besonders aufgepeitscht.

Unter diesen Umständen wächst die *Opposition* unaufhörlich. Sogar die monarchischen Bestrebungen gewinnen wieder Boden. Otto Straßer freilich hat man in der Tischehofflowakei wegen seiner Beteiligung an dem „Schwarzfender“ des von den Nazis ermordeten Ingenieurs Formis für vier Wochen in Arrest gesetzt.

Eine *außenpolitische Ablenkung* drängt sich auf. Was aus der italienisch-abessinischen Sache zu machen sei, wird jedenfalls Tag und Nacht überlegt. Mit den Italienern (vielleicht mit Aloisi) soll unter der Deckung des Oktoberfestes in München verhandelt worden sein. Das japanische Bündnis tritt, wie berichtet, wieder mehr an die Oberfläche. *Hitler* aber hat es für angebracht gehalten, dem Präsidenten der United Press, dem Amerikaner Baillie, ein Interview zu gewähren, worin er seinen Ladenaufhänger wieder vorführte: Deutschland „das Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus“; *darum* der Kampf gegen die Juden, weil diese die Hauptträger des Bolschewismus sind; Deutschland selbst die vollkommenste Volksregierung, wenn auch mit blindem Gehorsam gegen den Führer, und „diskutiert wird nicht!“, daneben Anspruch auf die alten deutschen Kolonien (neben dem „Ostland“?).

VI. Allerlei Weltpolitisches.

In *Brasilien* hat eine Militärrevolte stattgefunden, die man eine „kommunistische“ nannte, um sie wacker für den antirussischen Kreuzzug ausbeuten zu können. Sie ist nach heftigem Widerstand durch die Regierung niedergeschlagen worden.

Auf *Kuba* ist der reaktionäre Präsident Mendieta zurückgetreten.

Spanien hat, zum Teil wieder infolge von Skandalen, eine neue Regierungskrise. Die Linke scheint wieder fortwährend mehr Boden zu gewinnen.

In *Griechenland* scheint es der König mit der Veröhnung und der Ueberwindung des Parteikrieges ernst zu meinen. In eine allgemeine Amnestie soll auch Venizelos eingeschlossen werden. General Kondylis, der sich diesem Vorgehen widersetzte, ist zurückgetreten.

Ein Kabinettswechsel in *Bulgarien*, der den Premier Toneheff durch Kufurowanoff ersetzt, scheint auch eine gewisse Abwendung von der Diktatur zu bedeuten.

In *Irland* will de Valera den Senat abschaffen und damit ein weiteres Hemmnis der vollkommenen Unabhängigkeit von England beseitigen.

Oesterreich legt seine Wehrformationen zu einer Miliz zusammen — Aufrüstung. Es wolle sich mehr an die Kleine Entente anlehnen.

Holland hat beschlossen, seine freien „Wehrformationen“ zu entwaffnen.

In der *Tschechoslowakei* wird nun die Nachfolge des zurücktretenden Präsidenten Masaryk aktuell. Gegen Benesch, dessen Wahl sicher schien (und sehr wünschenswert ist), scheint sich mehr Widerstand zu erheben, als man nun glaubte annehmen zu dürfen.

Drei große Prozesse zünden in die Hintergründe und Untergründe der Politik hinein: der Stavisky-Prozeß in Paris, der wohl kaum mehr viel Aufmerksamkeit findet, der Prozeß gegen die „Königsmörder“ von Marseille in Aix-en-Provence und der gegen die ukrainischen Verschwörer in Warschau. Der gegen die Königsmörder führt zu den Urhebern jener Tat zurück, die, wie sich nun bestätigt, besonders auch in *Italien* und *Berlin* (!) zu finden sind. Man versucht, das nach Möglichkeit zuzudecken; das paßt Laval nicht. Den Prozeß in Warschau benutzt man im Dritten Reich zu einer neuen Hetze gegen Litauen, mit dem die Verschwörer in Beziehung gestanden zu sein scheinen. Diese Hintergründe und Untergründe sind oft wichtiger als Vordergrund und Oberfläche.

Allerlei Gerüchte von einer *panarabischen Union* führen uns wieder über Europa hinaus und zu Abessinien zurück. Denn der abessinische Krieg bringt mancherlei zur Reife.

VII. Friedensbewegung.

Aus China und Japan werden gewaltige Explosionen von *Munitionsfabriken* gemeldet, die jeweiligen Tausende von Todesopfern fordern.

Schneider-Creuzot zahle 20 Prozent Dividende.

Der *Nobelpreis* für den Frieden ist wieder einmal nicht ausgezahlt worden. Es gibt offenbar keine Kämpfer und Kämpferinnen für den Frieden, die ihn verdienen! Man wollte, wie es scheint, vermeiden, ihn an *Offiewsky* zu vergeben, weil man dazu den Mut nicht aufbrachte. Bei diesem Anlaß hat scheint's *Knut Hamsun* gegen Offiewsky, den Märtyrer, einen Aufsatz geschrieben, der wieder einmal zeigt, bis zu welchem Grad von Gemeinheit es ein innerlich haltloser Literat bringen kann, besonders, wenn er noch mit den Nazis sympathisiert. Ein solcher Mann müßte einer allgemein sittlichen Achtung verfallen.

In London hat eine *Flottenkonferenz* begonnen, von der niemand viel erwartet. Es handelt sich vor allem um den Anspruch *Japans* auf „Parität“ mit England und den Vereinigten Staaten. Der Wettstreit wirft sich im übrigen besonders auf die Frage, ob das Quantum vermindert oder das Quale anders geordnet werden solle.

Eine gute Kunde: *Philipp Vernier* ist freigelassen. Das haben die vereinigten Anstrengungen im In- und Ausland durchgesetzt.

VIII. Sozialismus.

In *Neuseeland* hat die Arbeiterpartei einen gewaltigen Sieg errungen und ist mit einer Zweidrittelsmehrheit ans Ruder gekommen. Sie plant scheint's allerlei interessante Experimente, zum Teil im Sinne von Freigeld-Freiland.

In *Belgien* hat ein sozialistischer Kongreß nicht ohne Widerstand die Wirksamkeit der sozialistischen Minister gebilligt.

In *Spanien* ist der Sozialistenführer *Largo Caballero*, wegen Teilnahme an dem Aufstand des letzten Jahres angeklagt, freigesprochen worden.

In *Danzig* hat das Naziregime den „Sozialdemokratischen Arbeiterverband“ aufgehoben.

In *Rußland* gebe es einen förmlichen Stachanoff- und Stalin-Taumel. (Stachanoff ist der Erfinder neuer Arbeitsmethoden, die den Ertrag gewaltig steigern — kommunistischer Taylorismus?)

IX. *Natur und Kultur.*

Es soll in *Aegypten* ein neuer Papyrus mit einem Fragment aus dem *Johannes-Evangelium* gefunden worden sein, die älteste aller Handschriften des Neuen Testaments.

X. *Kirche.*

Der Papst hat 20 neue *Kardinäle* ernannt, darunter bezeichnenderweise 14 Italiener, aber keinen Engländer oder Jugoslawen. Die *römische Kirche*, aber nicht die *katholische*? Und stellt er Mussolini den ganzen *Peterspfennig* für den abessinischen Krieg zur Verfügung. Das ist bei weitem schlimmer als einst der Ablass, an dem sich die kirchlichen Revolutionen Luthers und Zwinglis entzündeten.

12. Dezember.

Zur schweizerischen Lage.

Die Schweiz am Jahresende.

Wenn wir, nachdem wir von der *Welt* am Jahresende gesprochen, zu der *Schweiz* am Jahresende übergehen, so ist es uns wohl, als ob wir den Blick vom Ozean weg zu einem in den Dünen liegenden See lenkten, der aber trotz seiner größeren Ruhe im Kleinen das Bild des Ozeans widerspiegelt. Denn die Probleme, welche die Welt aufregen, sind auch die, welche die Schweiz bewegen.

Durch das ganze Jahr zieht sich das Ringen mit der Tatsache, die wir als *Krise* bezeichnen und worunter zunächst die Wirtschaftskrise zu verstehen ist. Zwei Höhepunkte hat dieses Ringen im vergangenen Jahre erlebt. Da ist einmal die *Kriseninitiative*, welche die Geister bis zur Siedehitze erregte und im Juni mit einer Niederlage der Initiative endigte. Den zweiten Höhepunkt bildet das *Finanzprogramm* des Bundesrates und seine endliche, aber nicht endgültige Beratung in den eidgenössischen Räten, die im Nationalrat steckengeblieben ist und erst im neuen Jahre abgeschlossen werden soll. Die Krise selbst hat sich im Laufe des Jahres beständig verschärft und wird das aller Wahrscheinlichkeit nach weiter tun. Immer neue Bankkrache und das Anwachsen der Arbeitslosigkeit sind ihre sichtbarsten Symptome.

Hand in Hand mit diesem Ringen mit der Krise ist gegangen das Ringen zwischen der *Demokratie* und dem *Faschismus*. In zwei Formen. Die eine ist der Kampf zwischen der Demokratie und der *Frontenbewegung*. Davon ist zu sagen, daß diese so ziemlich bei einem Fiasko angelangt ist. Von der üblen Affäre Fonjallaz bis zu den „Saalschlachten“ in Zürich bei Anlaß der Nationalratswahlen und diesen Wahlen selbst zieht sich eine Kette von moralischen und politischen Niederlagen. Die Frage ist bloß, ob dieses Fiasko *endgültig* ist oder ob der Faschismus und Nationalsozialismus in der Gestalt der Frontenbewegung wieder aufleben werden, wenn die Verhältnisse sie mehr begünstigen werden als bisher.¹⁾ Anders steht es auf der zweiten Linie dieses Kampfes: im Ringen zwischen der Demokratie und der weltlichen und geistlichen *Reaktion*. Zunächst hat diese Reaktion eine Reihe von Niederlagen erlitten. Die stärkste war die Verwerfung der *Totalrevision* der Bundesverfassung, womit sie sich ein Bollwerk schaffen wollte, mit gewaltiger Mehr-

¹⁾ Neuerdings ist es auch zu einer argen Krise in der spezifisch mittelständischen Front gekommen, die den Namen der „*Neuen Schweiz*“ trägt. Das gleichnamige Organ ist seinem bisherigen Redaktor, Pfarrer Jooß in Schönenberg (Zürich), brüsk entzogen worden, nachdem schon vorher, infolge einer ähnlichen Krise, der Begründer, Dr. Wyler, ausgeschieden war.

heit. Dazu gefellte sich die Verwerfung der Lex Weisflog, einer regionalen Lex Häberlin, im Kanton Zürich, und einiges andere. Aber die Reaktion hat sich damit nicht geschlagen gegeben. Die Verwerfung der Kriseninitiative buchte sie als *ihren* Sieg. Und sie schritt dann zu einem fast überraschenden Vorstoß der direkten *Diktatur* fort. Der Bundesrat forderte die Vollmacht, zunächst für zwei Jahre, das *wirtschaftliche Leben*, vor allem in seiner finanziellen Form, so ziemlich nach Gutdünken gestalten zu dürfen, mit der einzigen Einschränkung einer Berichterstattung an die eidgenössischen Räte zu zweien Malen im Jahr. Wenn er sich besonders auch das Recht verschaffen wollte, Maßregeln gegen alles zu treffen, was den „Landeskredit“ schädigen könnte, so war das eine Brücke zur *politischen* Diktatur in engerem Sinne hinüber. Hier hat sich der Bundesrat insofern verrechnet, als er nicht nur die Sozialisten und den Rest der Demokraten, sondern auch die Rechte gegen sich bekam, der sein Programm mit dem „Abbau“ noch nicht weit genug ging, so daß sogar die ständerätliche vorbereitende Kommission dieser Diktatur ein Ende machte. Vorläufig; denn sie kann sehr wohl durch eine Hintertüre wieder erscheinen; man hat in Bern bewährte Mittel zur „Zähmung der Widerspenstigen“.

Dieses bundesrätliche Finanzprogramm ist selbst durch und durch reaktionär. Es wälzt die Lasten der „Sanierung“ zum weitaus größten Teil auf die ohnehin schon arg belastete Volksmasse ab und schon den großen Besitz. Ein Lohnabzug von 15 Prozent soll das eidgenössische Angestelltenpersonal treffen. Die Fonds für die Alters- und Invalidenversicherung und die Subventionen für die Volksschule werden stark vermindert. Dem steht auf Seite des Besitzes fast nur eine nicht sehr große Couponsteuer gegenüber. Das Schlimmste aber und ein rechtes Symbol des Geistes, der hier waltet, ist eine starke *Verteuerung des Brotes*, die freilich von den Räten bedeutend herabgesetzt werden wird, aber ein Zeichen bleibt. Das Bier stärker anzufassen, hat man nicht gewagt, um vom *Luxus* zu schweigen. Den Kreisen, denen der Bundesrat dient, ist besonders der „Lohnabbau“ teuer.

Inzwischen ist auch der Anspruch auf die Diktatur in der *Außenpolitik* als *Verbot der Boykottbewegung* hervorgetreten, wovon anderwärts die Rede ist. Die Fesselung der *Presse* steht immer auf dem Programm. Man hat ihr von seiten der wunderbaren „Konfultativen Kommission“ den guten Ton gegen die Diktatoren gepredigt, vielleicht wird man es eines Tages selbst mit der Diktatur über die Presse versuchen. An der letzten Tagung des Nationalrates hat der Schwerreaktionär Valloton aus dem Waadtland wieder einmal das Bedürfnis gehabt, einen vermehrten „*Schutz der Armee*“, namentlich vor der Presse, zu verlangen (Diese arme Armee, die eigentlich ja *uns* schützen sollte, die aber selbst immer besser geschützt werden muß!), und Bundesrat Baumann ist ihm ziemlich willig entgegengekommen. Fast hätte ich aber den andern Vorstoß der Diktatur des Bundesrates vergessen: den Versuch, *Referendum und Initiative*, diese starken Waffen der Demokratie, möglichst unwirksam zu machen. Den hat nun der Bundesrat selbst aufgeben müssen. In der nun neu ausgestalteten *Bundespolizei* besitzt diese ganze Tendenz ein Werkzeug, das wesentlich zu *ihrem* Dienste, nicht gegen die Bedrohung durch faschistische und nationalsozialistische Agitation, geschaffen worden ist. Die Pläne dieser geistlichen und weltlichen, bürgerlichen und kapitalistischen Reaktion zielen bis zu Maßregeln, wie das Verbot der kommunistischen Partei, dem wohl auch ein Verbot aller antimilitaristischen Organisationen und zuletzt das der Sozialdemokratie folgen würde. Zu diesem Zwecke dienen auch immer neue Lügen, wie neuerdings die von einem erfolgreichen Gefuch unserer Kommunisten an den kommunistischen Agenten Eberlein um eine Geldunterstützung für die Nationalratswahlen. (Das Gefuch sollte am 3. Oktober eingereicht worden sein, während Eberlein schon seit dem 29. September zu Straßburg im Gefängnis saß.)¹⁾ Wir müssen für das neue

¹⁾ Das „Berner Tagblatt“ hat scheint's an einen Bankier Owczarov die Mähr von einer bevorstehenden kommunistischen Revolutionierung der Schweiz angeknüpft, aber elend revozieren müssen.

Jahr auf allerlei weitere, vielleicht noch schärfere Vorstöße unseres maskierten Faschismus gefaßt sein.

Welches ist die *Opposition*, die dieser schweren Bedrohung unserer Demokratie und damit der Schweiz entgegentreten könnte? Gibt es bei uns auch eine „Volksfront“ dagegen wie in Frankreich? Damit langen wir wieder bei der Kriseninitiative an. Diese sollte in der Tat von einer „Volksfront“ getragen sein, die man „Arbeitsfront“ nannte und die zuletzt von den Kommunisten über die Sozialdemokratie, den Gewerkschaftsbund und die Angestelltenverbände bis zu der „Nation“ und den Jungbauern reichte. Diese „Arbeitsfront“ aber hat schon bei der Kriseninitiative nur mäßig funktioniert und ist bei den Wahlen vollends nicht mehr sichtbar gewesen. Sie müßte eben, wie hier schon oft ausgeführt worden ist, nicht bloß eine politische Machtpekulation sein, sondern eine tiefere Begründung haben. Behauptet haben sich die Jungbauern, allerdings in einem harten Kampfe mit dem bisherigen reaktionären und im Schlepptau des Bürgertums und des Kapitalismus fahrenden Bauernverbandes, worüber es in Bern bis zu einer Spaltung und dem Ausschluß von Doktor Hans Müller aus jenem kam.

Wenn sich so der Block, der sich dem Vorstoß der ganz oder halb faschistischen Reaktion entgegensetzen könnte, vorläufig noch als zu wenig festgefügt erweist, so bleibt es eine dringliche Aufgabe, eine Aufgabe für das nächste Jahr, ihn zu stärken und zu befestigen, die wirkliche, umfassende „Volksfront“ zu schaffen. Die *Soldaten* dafür wären schon vorhanden, es müssen nur noch die rechten *Führer* kommen. Und es ist Eile!

Und der *Sozialismus*? Er hat im Laufe des Jahres eine deutliche *Entwicklung* durchgemacht. An dessen Beginn steht in Zürich noch die Ausstoßung der „*Linken*“, die teilweise (Walter, Anderfuhren) zum Kommunismus übergeht. Dann kommt auf dem sozialdemokratischen Parteitag zu *Luzern* der Umfall in die militärfreudige Bürgerlichkeit. Auf die gleiche Linie gehören Erscheinungen wie die natürlich durch Redensarten maskierte Preisgabe des Sozialismus durch *Robert Grimm*. Einen zweiten Gipfel der Entwicklung auf dieser Linie (es ist in Wirklichkeit freilich ein Tiefpunkt) bedeutet die Haltung der Partei in der Frage der Sanktionen, die sich in der letzten Erklärung des Parteivorstandes in nichts von derjenigen *Mottas* unterscheidet, während man sich zum Boykott merkwürdigerweise bejahend stellt. Inzwischen aber machte sich doch der Zwang einer Entwicklung geltend, die zur sozialistischen „Einheitsfront“ führt. Sie stellt sich auch bei uns sichtlich immer stärker her und hat in Basel zu großen sozialistischen Wahltriumphen geführt. Die neue Politik des Kommunismus bewirkt dabei ein Entgegenkommen von dieser Seite, das ich vielfach als zu groß empfinde. Für uns am interessantesten aber ist eine andere Entwicklung. Der Umfall in der Militärpolitik hatte zum Ziel, die Eroberung breiterer Volksmassen möglich zu machen; als Vorwand diente der Kampf eines „demokratischen Heeres“ gegen „faschistische Banden“. Nun hat man sich nicht nur schon vor dem fernen Schatten dieser „faschistischen Banden“ verkrochen, sondern steht auch vor der Tatsache, daß an Stelle des neuen Elans der Eroberung das Gegenteil getreten ist, ein deutliches Erlahmen dieses Elans. Das haben die Nationalratswahlen klargemacht, das die Wahlen in der Stadt Bern und früher im Kanton Zürich. Dagegen kommen vereinzelte Zufallserfolge nicht auf. Man fällt eben nicht ohne Schaden an seiner Seele von sich selbst ab. Es ist schon jetzt eingetroffen, was wir mit lauter Stimme vorausgesagt haben. Durch das Einschwenken zum Militarismus (denn auf das kam es hinaus) hat die Partei sich das Rückgrat gebrochen, die Seele gelähmt. Mit dem Enthusiasmus ist ihr sogar die *Achtung* der andern weithin verloren gegangen. Ihre „Demokratie“ imponiert niemandem und ihre „Landesverteidigung“ wird nicht als voll genommen. Der Kampf gegen die „Marxisten“ ist nur noch leidenschaftlicher geworden, der Wille zu ihrer Vernichtung selbstsicherer. Und in den Bundesrat läßt man Grimm und Huber doch nicht! Alles umsonst — nein, nicht umsonst, sondern alles sehr teuer bezahlt. *Nur ein ganz neuer Ansatz kann den Sozialismus retten und ihm neue Lebens- und Siegeskraft verleihen.*

Der Jammer und die Schande des sozialistischen Abfalles kamen in der Annahme der *Militärvorlage* zum Vorschein, die nur durch die zum Teil lahme, zum Teil direkt bejahende Haltung der Partei und besonders der Gewerkschaften möglich wurde. Unser Militarismus hat, im ganzen, gute Zeiten. Selbstverständlich steht er auf Seiten der Reaktion und ist *ihr* Götze. Darum ist es ihm recht, daß nun jener Damm gefallen ist, den wenigstens formell der sozialistische Antimilitarismus bildete, aber von Demokratie trotz Oprecht, Reinhardt, Grimm und Nobs natürlich keine Spur! Etwas Hagel in den Weizen dieses helvetischen Militarismus bedeutete immer wieder der „Fall Wille“. Ihn sollte der *Prozeß Hagenbuch* aus der Welt schaffen, was ihm aber keineswegs gelungen ist. Inzwischen ist Oberst Wille „Waffenchef der Infanterie“ geworden. Ob das eine Beförderung ist oder nicht, brauche ich gottlob nicht zu entscheiden. Auch die Annahme der *Militärvorlage* erfolgte mit so kleinem und so mühsam errungenem Mehr, daß kein Anlaß zum Triumph war. Im neuen Jahr nun wird der schon angefetzte Vorstoß des sogenannten „*Luftschutzes*“ wohl kräftig vorwärtsgehen und vielleicht zum Mittelpunkt des militaristisch-antimilitaristischen Kampfes werden.

Wenden wir uns, einer in diesen Erörterungen nun schon tief eingegrabenen Spur folgend, von dieser „Landesverteidigung“ noch der „*auswärtigen Politik*“ zu. Immer neue „Fälle“ haben die Wirksamkeit des „Braunen Netzes“¹⁾ in der Schweiz gezeigt, besonders der *Fall Jacob*. Fast immer erwies der Bundesrat sich den Faschisten und Nationalsozialisten gegenüber ebenso schwach, als er gegen Sozialisten und Antimilitaristen, die mindestens so gute Schweizer sind wie er, den starken Mann spielt. Er läßt *Gustloff* weiter die „Stützpunkte“ des Dritten Reiches in der Schweiz organisieren. Er erlaubt den italienischen Faschisten im Tessin öffentlich zum Boykott gegen die antifaschistischen Tessiner Mitbürger aufzufordern, damit die Völkerbundsfunktionen bekämpfend, während er den Boykott zur Unterstützung des Völkerbundes verbietet. Er setzt an Stelle des zurücktretenden römischen Gesandten Wagnière den Gatten einer leidenschaftlich dem Faschismus ergebenen italienischen Gräfin. Die Bürger gehen vielfach den gleichen Weg. Ein Francesco Chiesa setzt sich aus verirrter Liebe zu Italien für dessen Abessinienkrieg ein. Der Walliser Ingenieur Fernand Biétry hilft den Italienern durch Anschwärtzung der Abessinier, unter denen er gelebt. Die Zürcher Kaufleute und Industriellen hören (Alt-Bundesräte darunter) einen nationalsozialistischen Agitator „mit langanhaltendem Beifall“ (ist das wahr?) die Wirtschaft des Dritten Reiches rühmen. Ein Basler Stadtarchitekt treibt Denunziation von nicht hitlerischen deutschen Landsleuten. Und so fort. Nur in der Adula-Sache zeigt sich einige Energie, sogar einige Uebertreibung ihrer Bedeutung.

Aber das alles verschwindet aus dem Bilde des Jahres, verglichen mit der *Stellung der Schweiz zu dem Vorgehen des Völkerbundes gegen Italien*. Darüber braucht hier nichts Wesentliches mehr gesagt zu werden. Es sei nur noch auf einige Tatsachen hingewiesen, unerfreuliche und erfreuliche. Die *Neue Helvetische Gesellschaft* hat sich, wenigstens nach außen, ganz hinter Motta gestellt. Diese Vereinigung hat in ihren *guten* Zeiten ihre Aufgabe in der *Weckung*, nicht in der *Einlullung* des schweizerischen Gewissens erblickt. Nun, sie möge sich zur geistigen Leibwache des Bundesrates machen; aber wenn sie sich gegen *uns*, die Verteidiger einer ernsthaften Völkerbundspolitik, wendet, mit der Bemerkung, daß wir uns im Ernstfalle doch um die *Verantwortlichkeit* drücken würden, so ist das als ganz haltlose Verleumdung zu bezeichnen. Es nähme mich wunder, inwiefern wir uns um die Verantwortung drücken wollten. Wir fühlen uns für die Schweiz mindestens so verantwortlich als der Bundesrat und seine Satelliten. Ueberhaupt bleibe man uns endlich mit dieser „Verantwortlichkeit“ der Offiziösen vom Leibe — wir lassen die Verantwortlichkeit am wenigsten durch *diese* mono-

¹⁾ „*Das braune Netz*“ heißt ein Buch, das die Propaganda für das Hitler-Reich in der ganzen Welt bis ins kleinste hinein verfolgt — ein Buch, das einem den Schlaf rauben kann.

polifizieren. — Ist diese Kundgebung unerfreulich, so ist um so erfreulicher die des Vorstandes der *Völkerbundsvereinigungen*, die sich deutlich gegen den Bundesrat wendet und das schweizerische Gewissen erleuchtet, nicht irreführt. Herr Doktor *Spühler* bekommt für diese Haltung freilich von der Schleppenträgerin Mussolinis an der Goethestraße in Zürich einen Verweis. Er wird ihn hoffentlich als Kompliment empfinden. — Zum dunkelsten und hoffnungslosesten aber gehört die Beobachtung, wie lahm und kaltchnauzig unsere Presse im allgemeinen auch die neueste Wendung aufnimmt, die mit dem Völkerbund und dem Rechtsgedanken im Völkerleben auch der Schweiz den Untergang verkündigt, während eine „Neue Zürcher Zeitung“, „fest auf dem nationalen Boden stehend“, sich darüber offenkundig freut. Wenn nicht ganz andere Schichten einrücken und die Schweiz tragen, ist sie verloren.

Das letzte Wort dieser Schlußbetrachtung möchte ich noch an die *Wahlen* zu den eidgenössischen Räten anknüpfen. Sie haben, wie wir das letzte Mal gezeigt haben, eine gewisse Auflöfung der alten politischen Formen unseres schweizerischen Lebens kundgetan. Auflöfung kann Tod bedeuten, aber auch neues Leben heißen. Beides kann sein — es kommt vielleicht auf *uns* an, welches sein wird — auf *jeden* von uns. Vielleicht liegt in alledem doch auch viel Verheißung eines Neuwerdens der Schweiz.

Damit ist auch die Frage beantwortet, ob wir dieses Jahr 1935 als ein für die Schweiz *gutes* oder *böses* Jahr bezeichnen wollen. Ohne Zweifel hat es viel Böses gebracht und das Böfeste am Schluffe, mit der schweren Verfündigung der offiziellen Schweiz am Lebensprinzip und Lebensrecht der Schweiz; auch trägt das kommende Jahr schwere Gefahren in seinem Schoße. Aber es kann und will wohl doch auch alles „zum Besten dienen“.

11. Dezember.

Von der Gemeinde der Verewigten.

Ich kann es nicht unterlassen, einem unserer „Stillen im Lande“ ein Wort des Gedenkens zu widmen. *Jakob Spörri* ist in seinem Heimatort, in der Nähe von Uster, in vorgerücktem Alter von uns geschieden. Die „Neuen Wege“ haben wenige so aufmerksame und gründliche Leser gehabt wie ihn. Er kaufte sie regelmäßig am Kiosk, damit sie dort gehalten werden müßten. Von Zeit zu Zeit schickte er dem Redaktor Aeußerungen, die dieser gern gebracht hätte, wenn der Raum es erlaubt hätte, und für die nicht Raum geschafft zu haben ihn aufrichtig reut. Dieser einfache, sehr unscheinbare Arbeiter konnte durch Tiefe und Orientiertheit des Denkens sehr viele akademisch Geschulte, seien es nun Politiker, Philosophen oder Theologen, beschämen. Er war ein Beweis dafür, wie viel geistige Kraft, Originalität und Tiefe des Denkens noch im Kernwald des Volkes, oft sehr unbeachtet, wächst. Ich werde seiner — und einige mit mir — in großer Achtung und Liebe gedenken.

Als eine große, uns tief bewegende Ueberraschung ist die Kunde vom Hingang *Eberhard Arnolds* zu uns gekommen. Denn Wenige wußten wohl von seinem schweren Kranksein. Wenn wir ruhigere Zeiten hätten, so würde diese Kunde wohl viel mehr Widerhall finden als jetzt, und fänden auch wir mehr Zeit und Raum, um des Mannes Wesen und Werk darzustellen und zu würdigen. Eberhard Arnold gehörte zu den wichtigsten und wirksamsten heutigen Vertretern jenes „christlichen Kommunismus“, von dem in diesem Jahrgang der „Neuen Wege“ auch einmal die Rede gewesen ist. Er ist der Begründer des „Bruderhofes“ in der Rhön, der aus der Siedelung von Sannerz hervorgegangen ist. Damit hat er aber eine der großartigsten Linien der Sache Christi in der Welt wieder aufgenommen: die der Hutterischen „Bruderhöfe“, die ihrerseits eine besondere Gestaltung der gewaltigen *Täuferbewegung* darstellen und heute besonders noch in Amerika lebendig sind. Im Sinne dieser ganzen großen Bewegung hat er die urchristlich verstandene *Gemeinde* wieder in den Mittelpunkt des Glaubens, Hoffens und Tuns gestellt, und in *ihren* Mittelpunkt die *Bruderliebe* im Sinne der Bergpredigt und